



Die Nebenaußenminister



Kennen Sie diesen gutaussehenden, mit 47 Jahren immer noch jungen Politiker? Vermutlich nicht. Ich zumindest, der sich fast alle Talk-Shows antut, kann mich nicht erinnern, **Thomas Erndl** bei Plasberg, Maischberger, Illner, Will oder Lanz gesehen zu haben. Dabei ist Erndl gerade in diesen Tagen ein wichtiger Politiker, denn er ist stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. Diesem gehören sage und schreibe 46 Mitglieder an, je 13 der SPD und Union, sieben den Grünen, sechs der FDP, fünf der AfD und zwei der Linken.

Der Ausschussvorsitzende **Michael Roth** (SPD) hat sich wegen Erschöpfung, die in diesem Job nur allzu verständlich ist, eine Auszeit genommen. Zuvor tingelte auch er von einem Talk zum nächsten. Sein Unionskollege Erndl hat diese Probleme nicht, er wird offenbar nicht angefragt. Stattdessen taucht sein Parteifreund **Norbert Röttgen** ständig in irgendeinem TV-Format auf. Dabei endete Röttgens Zeit als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses mit der vorherigen Legislaturperiode. Gegenwärtig ist er „nur“ einfaches Mitglied im Ausschuss.

Roderich Kiesewetter, ebenfalls „nur“ einfaches Ausschussmitglied, ist als Vertreter der Union auch häufig Gast in den Gesprächsrunden, vor allem deshalb, weil er militärische Erfahrung mitbringt, die zurzeit sehr gefragt ist. Als Vizepräsident des Reservistenverbandes der Bundeswehr hätte auch **Thomas Erndl** gewisse Erfahrungen mit dem Militär.

Der Auswärtige Ausschuss ist ein Sammelbecken prominenter Nebenaußenminister aus allen Parteien. So hat **Armin Laschet** (CDU) dort ebenso seine Heimat gefunden wie **Peter Ramsauer** (CSU). Beide benötigen kein Terminsekretariat. Auch **Gregor Gysi** gehört dem Ausschuss an, wird aber nicht deswegen immer wieder eingeladen, sondern eher, weil es um den Unterhaltungsfaktor geht. Auch noch gut im Talk-Geschäft ist der Grüne **Jürgen Trittin**, bei dem allerdings der Unterhaltungsfaktor überschaubar ist.

Kommen wir nun zu zwei Sozialdemokraten, die gegenwärtig viel an der Talk-Front zu tun haben, allerdings auch nicht mehr als nur einfache Mitglieder im Ausschuss sind, was sich aber schon sehr bald ändern wird.



Michael Müller und **Ralf Stegner** sind derzeit sehr gefragte Außenpolitik-Experten. Müller schaffte es in dieser Woche gleich zweimal

in die bedeutenden Talk-Formate des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Am Montag als Gast bei Plasberg und am Mittwoch bei Lanz. Der Auftritt bei Lanz war offenbar nur die Übernahme eines Angebots an **Kevin Kühnert**, der im Abspann am Dienstag für die Sendung am Mittwoch angekündigt worden war und später absagte. *Fotos: Bundestag*

Von Müller und Stegner werden wir in den nächsten Wochen vermutlich mehr hören, wenngleich sie sich mit einem fast vergessenen Thema beschäftigen sollen, der Flucht des Westens aus Afghanistan. Informationen des **Tagesspiegels** zufolge soll Stegner Vorsitzender des Untersuchungsausschusses zum Ende des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan und Müller Vorsitzender der Enquetekommission des Bundestages zum Afghanistan-Einsatz werden.

Der Tagesspiegel merkt zu der Personalie an: *„Beide waren in der Debatte um die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine zuletzt als Mahner aufgetreten und hatten davor gewarnt, Möglichkeiten zu einer diplomatischen Beendigung des Krieges zu vernachlässigen. Weite Teile der Union und der Grünen sehen in dieser Haltung eine gefährliche Unterschätzung der militärischen Entschlossenheit Putins, der nur durch Gegenwehr und Gegengewalt zu stoppen sei.“*

Wie viel Aufmerksamkeit wir in diesen Tagen bereit sind, uns dem Thema Afghanistan zu widmen, wird sich zeigen. Es kann auch sein, dass Müller und Stegner mit ihren Gremien ein Schattendasein fristen werden, ohne Plasberg und Lanz. Der unbedarfte Laie fragt sich aber erst einmal, wo der Unterschied zwischen einem Untersuchungsausschuss und einer Enquetekommission liegt.

„Auftrag des Untersuchungs-Ausschusses ist es ausdrücklich, Verantwortlichkeiten für die damaligen Entscheidungen und Fehlentscheidungen zu klären. Der Ausschuss solle einen Beitrag zu einer gründlichen Aufklärung der Umstände, der Genese und des Ablaufs der militärischen Evakuierungsoperation und des Umgangs mit den afghanischen Ortskräften



deutscher Stellen (...) leisten' und Schlussfolgerungen für die Zukunft aufzeigen." „In der Enquetekommission ‚Lehren aus Afghanistan für das künftige ver-netzte Engagement Deutschlands' soll es vor allem um eine bessere Aufstellung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik gehen."

Gemeinsam mit der Union hat sich die Ampel auf die Einsetzung der beiden Gremien verständigt, was als „starkes Zeichen" gewertet wird. „Die Erkenntnisse aus der Enquete-Kommission müssten ‚praxisnah und zukunftsgerichtet aufbereitet werden, damit wir Lehren für die Gestaltung zukünftiger deutscher Aus-landseinsätze ziehen.", heißt es im Tagesspiegel.

Für Stegner und Müller heißt das Mehrarbeit. Ehe beide Gremien zu einem Abschlussbericht kommen, kann es Jahre dauern. Nicht auszuschließen, dass dies ein Projekt für die komplette Legislaturperiode sein kann. Natürlich werden diese Gremien vom Bundestag auch entsprechend ausgestattet, mit zusätzlichem Personal. Hoffen wir, dass die Erkenntnisse am Ende das Geld und den Einsatz wert waren.

Apropos Einsatz wert waren!

So leid es mir tut, aber ich kann mich dem Jubel über die Kiew-Reise von Scholz, Macron und Draghi nicht anschließen. Ja, es ist wichtig, mit eigenen Augen zu sehen, was dieser wahnsinnige Russe angerichtet hat und weiter anrichten wird. Die Konsequenzen daraus sind ständig neue Sanktionen, die bei weitem hinter den Erwartungen zurückbleiben und sich schon längst als Bumerang erwiesen haben. Russland, das wurde in St. Petersburg klar, kann auch gut mit sich selbst zurechtkommen.

Das größte Land der Erde mit unendlichen Ressourcen kann seine eigenen Hamburger braten und braucht dazu keine amerikanische Burger-Bude. Auch die Waren aller anderen westlichen Unternehmen, die sich aus Russland zurückgezogen haben, lassen sich ersetzen. Was braucht ein Land, das für Kaviar und Wodka berühmt ist, von anderen? Die russischen Oligarchen werden sich arrangieren müssen. Falls sie dazu nicht bereit sind, gibt es Blaupausen, wie Putin mit Unwilligen umgeht.

Putin sitzt in unserem Heizungskeller, das sollten wir endlich begreifen. Er macht sich schneller von uns unabhängig als wir in der Lage sind, das von ihm zu tun. Besorgen sie sich schon mal ein paar elektrische Heizkörper und ein paar warme Decken, denn der nächste Winter kommt bestimmt. **Nicht Sanktionen helfen, sondern Waffen.** Und diese hatten die drei Herren aus Westeuropa nicht im Gepäck. Das Ein-

zige, was sie mitbrachten, war die Zusicherung ihrer Unterstützung für den EU-Beitritt. Unabhängig davon, dass noch nicht ausgemacht ist, ob alle EU-Staaten dem Beitritt der Ukraine zustimmen, dauert das Verfahren viele Jahre. Ob es dann noch die Ukraine geben wird, ist nicht sicher. Nach der Eroberung des Ostens werden Putins Soldaten nicht aufhören, die Ukraine systematisch zu vernichten. **Nur eine hochgerüstete ukrainische Armee kann sich dem entgegenstellen.** Die Diskussionen über Waffenlieferungen in ein paar Monaten ist doch lächerlich. Jetzt müssen Geräte und Waffen geliefert werden, wann denn sonst? Man könnte Absicht dahinter vermuten, dass die Lieferungen so lange dauern. In Deutschland gibt es für mein Verständnis noch zu viele Unbelehrbare, die glauben, dass man Putin mit Diplomatie begegnen könnte.

Im aktuellen **ZDF-Politbarometer** wurde die Frage gestellt, ob die Ukraine den Krieg mit schweren Waffen aus dem Westen gewinnen kann. Nur 26 Prozent sagten Ja, 64 Prozent nein. Die Frage ist falsch gestellt, weil die Ukraine den Krieg gar nicht gewinnen kann, sie kann aber durch ihren Widerstand Putin dazu bewegen, aufzuhören und sich mit den eroberten Gebieten zufrieden zu geben.

Aus der Stimmung im Land ist die These nicht abzulesen, dass nur durch eine widerstandsfähige ukrainische Armee Putin vom Ziel abzubringen ist, das komplette Land zu vernichten. Nur 43 Prozent finden die Unterstützung der Bundesregierung gerade richtig, 33 Prozent ist sie zu wenig und 16 Prozent gar zu viel. Die Unterstützung besteht aus zahlreichen humanitären Hilfen und die Aufnahme von Flüchtlingen. Militärisch ist die Hilfe recht dürftig.

Die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land, die zunehmend vom Krieg beeinträchtigt wird, bewerten zwar noch 22 Prozent mit gut und 51 Prozent mit teils/teils, aber bei 60 Prozent zeigt der Daumen nach unten, was die weitere Entwicklung betrifft. 85 Prozent rechnen damit, dass die Preise weiter steigen werden.

Bei der berühmt-berüchtigten Frage, wenn Sonntag Bundestagswahl wäre, was nicht der Fall ist, käme die SPD auf 22, die Union auf 26, Grüne 25, FDP sechs, AfD zehn und Linke fünf Prozent. **Robert Habeck** ist der beliebteste Politiker, vor **Annalena Baerbock** und **Olaf Scholz**. *Quelle: Forschungsgruppe Wahlen*

Genießen Sie an diesem Wochenende die Wärme, es könnte eines der letzten Male sein.

Ed Koch